

Anfrage der Fraktion CDU/FDP/BfM
öffentlich

Datum
23.02.2017

Nummer
F0049/17

Absender

Fraktion CDU/FDP/BfM

Adressat

Oberbürgermeister
Herrn Dr. Lutz Trümper

Gremium

Stadtrat

Sitzungstermin

23.02.2017

Kurztitel

Wohnen in Magdeburg

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Trümper,

In einer Pressemitteilung des Bundes der Steuerzahler vom 6. Februar 2017 wird wie folgt ausgeführt: „So teuer macht der Staat das Wohnen!“

BdSt-Ranking der Wohnnebenkosten legt starke Unterschiede der Landeshauptstädte offen / Der Staat ist Kostentreiber Nummer 1 / Spielraum für spürbare Entlastungen ist vorhanden!

Die Einwohner von Berlin werden am stärksten mit Wohnnebenkosten belastet, in München ist es am preiswertesten! Das teils erhebliche Kostengefälle legt ein neues Ranking offen, für das der Bund der Steuerzahler (BdSt) alle 16 Landeshauptstädte unter die Lupe genommen hat. Der detaillierte BdSt-Vergleich der Wohnnebenkosten für das Jahr 2016 zeigt, wie stark Mieter und Wohneigentümer quer durch Deutschland belastet werden. „Der Fiskus ist Wohnkostentreiber Nummer 1“, kritisiert BdSt-Präsident Reiner Holznagel.“

Magdeburg liegt nach den Ergebnissen des BdSt-Wohnnebenkostenvergleichs für das Jahr 2016, welche das Deutsche Steuerzahlerinstitut des Bundes der Steuerzahler e. V. veröffentlichte, auf dem fünftletzten Platz, dem Platz 12.

Damit sind m.E. nicht nur die untersuchten, sondern auch weitere Abgaben zu hoch und sollten gesenkt werden.

Daher frage ich Sie:

1. Da der Staat, auch die Landeshauptstadt Magdeburg kein Einnahmenproblem, sondern ein Ausgabenproblem hat, stellt sich die Frage, wie die von der Stadt beeinflussbaren Nebenkosten gesenkt werden sollen, um Mieter und Eigentümer zu entlasten?
2. Um infrastrukturelle Dienstleistungen der Daseinsvorsorge kostengünstiger für die abgabepflichtigen Eigentümer und damit auch für Mieter gestalten zu können, sind auch Finanzierungsvorschläge, etwa aus dem freiwilligen Aufgabenbereich erforderlich. Welche sind dies ?
3. Da öffentliche Abgaben und auch öffentliches Bauen meist in der öffentlichen Kritik stehen, stellt sich die Frage, ob es nicht im wirtschaftlicheren und sparsameren Umgang mit Steuerzahlermitteln sinnvoller ist, privat zu planen, privat zu finanzieren, privat zu bauen und privat zu betreiben, um Abgabepflichtige und Nutzer öffentlicher Einrichtungen zu entlasten, wenn nein, warum nicht?

Ich bitte um eine ausführliche schriftliche Stellungnahme.

A handwritten signature in blue ink, consisting of a stylized 'M' followed by a horizontal line and a small loop.

Michael Hoffmann
Stadtrat Fraktion CDU/FDP/BfM